

Glanz und Elend der deutschen Geschichte

Schlüsselergebnisse von 1946 bis 1988

Band 9

Das Märchen von Selbstbestimmung, Unabhängigkeit und historischer Wahrheit ...

Band 9/103

Zeittafel der wichtigen historischen Ereignisse von 1950 bis 1988

10.03.1950

DDR: Das letzte sowjetische Internierungslager, das Lager Sachsenhausen in der Stadt Oranienburg, wird am 10. März 1950 aufgelöst.

25.03.1950

Ungarn: Der Ministerrat der Volksrepublik Ungarn beschließt am 25. März 1950 eine Verordnung betreffend die Aufhebung der Anwendung der im Zusammenhang mit der Umsiedlung der deutschen Bevölkerung Ungarns erlassenen Einschränkungsverfügungen (x008/105E-106E).

Die Aussiedlung der Volksdeutschen wird damit offiziell eingestellt, denn sie werden wieder zu ungarischen Staatsbürgern erklärt. Diese Gleichstellung wirkt sich für die Deutschen jedoch verhängnisvoll aus, weil sie als ungarische Staatsangehörige keine Ausreisegenehmigung erhalten. Da jetzt weder eine Aus- noch Einreise möglich ist, gibt es zunächst keinen Weg mehr, um auseinandergerissene Familien wieder zusammenzuführen (x008/69E-70E).

31.03.1950

DDR: Im gefürchteten DDR-Zuchthaus Bautzen ("dem sog. gelben Elend") protestieren am 31. März 1950 mehrere tausend politische Häftlinge gegen die unmenschlichen Haftbedingungen (x126/197): >>Wir haben Hunger! ... Freiheit! ... Wir rufen das Rote Kreuz! ...<< Nach Abbruch der Protestaktion stürmen DDR-Polizeieinheiten das Zuchthaus, um die Häftlinge mit Gummi- und Holzknüppeln zu bestrafen.

März 1950

Polen, Ostdeutschland: Im Rahmen der sog. "Aktion Link" werden von März 1950 bis Ende 1951 fast 44.000 Deutsche aus getrennten Familien zusammengeführt und nach Westdeutschland geholt (x001/154E).

Die polnischen Behörden halten sich allerdings nicht an die Vereinbarungen. Meistens werden nicht die angeforderten Personen ausgewiesen, sondern oft handelt es sich um Kranke, Alte oder aus anderen Gründen arbeitsunfähige Deutsche (x001/155E).

26.04.1950

DDR: In Waldheim beginnen am 26. April 1950 die sog. "Kriegsverbrecherprozesse".

01.05.1950

BRD: Am 1. Mai 1950 wird die Lebensmittelrationierung aufgehoben und die staatliche Lebensmittelbewirtschaftung (seit dem 27.8.1939 Ausgabe von Lebensmittelkarten) in der Bundesrepublik Deutschland beendet.

03.05.1950

Frankreich: Der französische Außenminister Robert Schuman (1886-1963) schlägt am 3.

Mai 1950 den Plan einer westeuropäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl vor, der später in der Montanunion verwirklicht wird (x243/218).

08.05.1950

DDR: Die SED begeht den 8. Mai 1950 erstmalig als staatlichen Feiertag ("Tag der Befreiung").

06.06.1950

Polen: Im sog. Görlitzer Abkommen erklären Polen und die DDR am 6. Juni 1950 die Oder-Neiße-Linie zur unantastbaren und endgültigen Grenze (x155/63).

09.06.1950

BRD: Die Bundesregierung erklärt am 9. Juni 1950, daß die Regierung der SBZ kein Recht besitzt, für das deutsche Volk zu sprechen und Vereinbarungen zu treffen.

23.06.1950

DDR: Im Vertrag vom 23. Juni 1950 behaupten die Regierungen der DDR und der Tschechoslowakei, "daß es zwischen beiden Staaten keine Streitigkeiten und keine offenen Fragen gibt" (x009/50).

Die DDR und die Tschechoslowakei verzichten damals gegenseitig auf alle Gebietsansprüche und erklären die Vertreibung der Sudetendeutschen für unabänderlich, gerecht und endgültig (x009/511).

Korea: Das kommunistisch geführte Nordkorea überfällt am 25. Juni 1950 den südlichen Nachbarstaat Südkorea.

Nordkorea erhält zunächst Waffenhilfe (sog. "Freiwillige") aus China.

Südkorea wird später durch die USA und UN-Streitkräfte unterstützt. Der später von US-General MacArthur geforderte Einsatz von Atombomben (gegen Nordkorea) wird von Präsident Truman abgelehnt. Dieser 3jährige Krieg wird allein in Südkorea etwa 1,0 Millionen Tote und Verwundete fordern (x073/237).

Während des Korea-Krieges ereignen sich wegen des Aufnahmeantrags Chinas in den Sicherheitsrat der Vereinten Nationen heftige Debatten im Weltsicherheitsrat.

09.07.1950

BRD: Bei den Landtagswahlen in Schleswig-Holstein erhält die neue Partei "Block der Heimatvertriebenen und Entrechteten" (BHE) am 9. Juli 1950 auf Anhieb 23,4 % der Stimmen.

14.07.1950

BRD: Der Deutsche Bundestag (mit Ausnahme der KPD-Fraktion) stellt am 14. Juli 1950 die Nichtigkeit des Prager Abkommens zwischen der DDR und der Tschechoslowakei fest und erhebt Einspruch (x155/127): >>... gegen die Preisgabe des Heimatrechtes der in die Obhut der deutschen Bundesrepublik gegebenen Deutschen aus der Tschechoslowakei.<<

20.07.1950

Polen: Der Regierungspräsident der Republik beschließt am 20. Juli 1950 ein Gesetz über die Aufhebung der Sanktionen und Beschränkungen gegenüber Staatsbürgern, die ihre Zugehörigkeit zur deutschen Nation erklären (x003/494).

Die nationale Ausschließungspolitik des polnischen Staates, die schon längst einen rein kommunistischen Tenor besitzt, wird mit dem Gesetz vom 20.07.1950 formell abgeschlossen (x001/129E).

Dieses Gesetz zieht außerdem einen Schlußstrich unter die bisherigen Strafgesetze über "Volksverrat" und annulliert noch bestehende Rechtsbeschränkungen oder noch nicht abgeübte Strafen (x003/VII).

05.08.1950

BRD: Zur Erinnerung an das verhängnisvolle "Potsdamer Abkommen" veranstalten die deutschen Vertriebenen am 5. August 1950 zum ersten Mal im gesamten Bundesgebiet den "Tag der Heimat". Während dieser ersten gemeinsamen Großkundgebung der Vertriebenenorgani-

sationen verkündet man in Stuttgart vor etwa 150.000 Vertriebenen die "Charta der deutschen Heimatvertriebenen" (x161/15).

17.08.1950

BRD: Bundeskanzler Adenauer erklärt am 17. August 1950 in einem Presseinterview (x243/-178): >>... Die Ereignisse in Korea (lassen befürchten), daß die Russen eines Tages die Macht ergreifen werden. ...

Wir müssen die Notwendigkeit der Schaffung einer starken deutschen Verteidigungskraft erkennen. ... (Diese) muß stark genug sein, um jede mögliche, den Vorgängen in Korea ähnelnde Aggression der Sowjetzonen-Volkspolizei abzuwehren. ...<<

22.08.1950

BRD: Das Bundesnotaufnahmegesetz vom 22. August 1950 tritt in Kraft.

Flüchtlinge, die die SBZ wegen einer drohenden Gefahr für Leib und Leben oder die persönliche Freiheit oder aus sonstigen zwingenden Gründen verlassen, erhalten danach in der Bundesrepublik Deutschland eine Aufenthaltserlaubnis.

12.09.1950

BRD: Am 12. September 1950, dem 2. Jahrestag der Bundespräsidentenwahl, werden auch die Flaggen der ehemaligen deutschen Ostprovinzen vor dem Bundestag gehißt.

13.09.1950

BRD: Während der Volkszählung vom 13. September 1950 registriert man 3.004.400 vertriebene Sudetendeutsche (x004/135): Bundesrepublik Deutschland (1.912.000), West-Berlin (5.800), Saargebiet (600), Sowjetische Besatzungszone (914.000), Ost-Berlin (2.000), Österreich (140.000) und in anderen europäischen und außereuropäischen Ländern (30.000).

14.09.1950

BRD: Der Deutsche Bundestag beschließt am 14. September 1950 (x353/80): >>... Das deutsche Volk sieht in der Anerkennung der Oder-Neiße-Linie, ... in der Mißachtung des Schicksals und des Heimatrechts der Vertriebenen Verbrechen an Deutschland und gegen die Menschlichkeit. Der Deutsche Bundestag spricht allen, die für diese Verbrechen verantwortlich sind und die Einverleibung Deutschlands in das Fremdherrschaftssystem betreiben, das Recht ab, im Namen des deutschen Volkes zu handeln.<<

04.10.1950

DDR: Angehörige der Sekte "Zeugen Jehovas" werden am 4. Oktober 1950 durch das Oberste Gericht wegen Boykott- und Kriegshetze zu hohen Zuchthausstrafen verurteilt.

27.10.1950

DDR: Das ZK der SED beschließt am 27. Oktober 1950 im Rahmen von sog. "Säuberungen" die Überprüfung aller Parteimitglieder und den "Umtausch der Parteidokumente".

15.11.1950

DDR: Grotewohl bestreitet am 15. November 1950 erneut, daß eine Kollektivierung der gesamten Landwirtschaft geplant wird.

31.12.1950

Polen: Die polnische Regierung annulliert am 31. Dezember 1950 das Dekret über die Ausscheidung von Personen deutscher Nationalität aus der polnischen Gesellschaft vom 13. September 1946, das vorher den Rechtstitel für die Ausweisung der Volksdeutschen im alten polnischen Staatsgebiet (Grenze vor 1937) bildete (x003/VII).

1950

DDR: Im Jahre 1950 fliehen 197.788 Deutsche aus der Sowjetzone in den Westen.

Der Anteil der Vertriebenen an der DDR-Bevölkerung beträgt im Jahre 1950 rund 25 % (Vergleich: BRD am 1.4.1950 = 7,7 Millionen Vertriebene, rund 16,1 %).

Polen, Ostdeutschland: Bei der Volkszählung im Jahre 1950 werden 1,25 Millionen Deutsche als "Autochthone" klassifiziert (x077/35).

08.01.1951

Polen: Der Staatspräsident erläßt am 8. Januar 1951 ein Gesetz über die polnische Staatsbürgerschaft (x003/497-500).

Das polnische Staatsbürgerschaftsgesetz soll angeblich die bisherige gesetzliche Diskriminierung der noch im Lande befindlichen deutschen Bevölkerung der Oder-Neiße-Gebiete aufheben (x003/VII).

Die Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen berichtet später über die völkerrechtswidrige Aufzwingung der polnischen Staatsangehörigkeit (x077/47): >>Über 1 Million Deutscher sind zu polnischen Staatsangehörigen wider Willen von der Verwaltungsmacht erklärt worden. Dies widerspricht den völkerrechtlichen Regeln über die Verleihung der Staatsangehörigkeit an fremde Staatsangehörige.

Insbesondere widersprach dies zur Zeit der Sammeleinbürgerung der Haager Landkriegsordnung, der Haager Konvention über die Fragen betreffend die Kollisionen der Staatsangehörigkeitsgesetze vom 12. April 1930 usw.<<

22.01.1951

BRD: Der spätere US-Präsident Dwight D. Eisenhower erklärt am 22. Januar 1951 während einer Rede in Bonn (x268/45): >>Ich war 1945 der Auffassung, daß die Wehrmacht, insbesondere das deutsche Offizierskorps, identisch mit Hitler und den Exponenten seiner Gewalt-herrschaft sei und deshalb auch voll verantwortlich für die Auswüchse des Regimes. ...

Inzwischen habe ich eingesehen, daß meine damalige Beurteilung der Haltung des deutschen Offizierskorps und der Wehrmacht nicht den Tatsachen entspricht, und ich stehe daher nicht an, mich wegen meiner damaligen Auffassung zu entschuldigen. Der deutsche Soldat hat für seine Heimat tapfer und anständig gekämpft. ...<<

27.01.1951

BRD: Am 27. Januar 1951 wird der Bundesgrenzschutz aufgestellt.

01.03.1951

BRD: Der SPD-Politiker Dr. Kurt Schumacher berichtet am 1. März 1951 in Berlin (x353/80): >>... Die deutsche Sozialdemokratie hat 1945 ... erklärt: Die Oder-Neiße-Linie ist unannehmbar als Grenze. Ich erkläre weiter: Keine deutsche Regierung und keine deutsche Partei kann bestehen, die die Oder-Neisse-Linie anerkennen will. Wir lehnen es ab, uns in die Politik des Nationalverrats und des Verrats an Menschheitsideen durch die pseudobürgerlichen Satelliten in der Zone und durch die Sowjets verstricken zu lassen.<<

18.04.1951

Frankreich: In Paris unterzeichnen Frankreich, Belgien, Italien, Luxemburg, die Niederlande und die Bundesrepublik Deutschland am 18. April 1951 den Vertrag über die Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS) bzw. Montanunion (x156/73).

28.04.1951

CSR: Die letzte Aussiedlungsaktion von Sudetendeutschen wird am 28. April 1951 eingestellt.

Vom 17.03.1950 bis zum 28.04.1951 kommen 16.832 Deutsche mit 49 Transporten nach Westdeutschland (x004/127).

05.05.1951

BRD: Bundeskanzler Adenauer schreibt am 5. Mai 1951 im Vorwort einer regierungsamtlichen Broschüre, daß Deutschland in den Grenzen von 1937 nicht aufgehört hat, ein Staat zu sein (x020/87).

11.05.1951

BRD: Der Bundestag verabschiedet am 11. Mai 1951 ein "Amnestiegesetz" für NS-Verurteilte (nach Artikel 131 des Grundgesetzes).

08.06.1951

BRD: In der Bundesrepublik Deutschland werden am 8. Juni 1951 die letzten NS-Kriegsverbrecher hingerichtet.

Gehängt werden die SS-Führer Paul Blobel, Werner Braune, Erich Naumann, Otto Ohlendorf, Oswald Pohl, Georg Schallermaier und Hans Schmidt (ehemaliger Adjutant im KZ Buchenwald).

29.06.1951

BRD: Die Bundesregierung verkündet am 29. Juni 1951 das Gesetz über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Rechnungsjahr 1950 (x182/218): >>Von den Ausgaben in Höhe von 12,4 Milliarden DM entfallen 37,7 % auf Sozialleistungen und 37,5 % auf Besatzungskosten. ...<<

09.07.1951

Großbritannien: Die britische Regierung beendet am 9. Juli 1951 den Kriegszustand mit Deutschland.

13.07.1951

Frankreich: Die französische Regierung Frankreich beendet am 13. Juli 1951 den Kriegszustand mit Deutschland.

01.09.1951

DDR: Westdeutsche und West-Berliner Kraftfahrer müssen ab 1. September 1951 für die Benutzung der Autobahn Helmstedt – Berlin Autobahnbenutzungsgebühren an die DDR-Behörden zahlen.

08.09.1951

USA: Die Alliierten schließen am 8. September 1951 in San Francisco einen Friedensvertrag mit Japan.

19.10.1951

USA: Die nordamerikanische Regierung beendet am 19. Oktober 1951 den Kriegszustand mit Deutschland.

1951

DDR: Im Jahre 1951 fliehen 165.648 Deutsche aus der Sowjetzone in den Westen.

BRD: In der Bundesrepublik Deutschland sind im Jahre 1951 noch 66 % aller Deutschen der Meinung, daß die deutschen Ostgebiete noch nicht verloren sind (x020/89).

26.01.1952

DDR: Verschleppte mitteldeutsche "Zeiss-Spezialisten" (Optiker) kehren am 26. Januar 1952 aus der Sowjetunion zurück.

06.03.1952

Polen: SS-Gruppenführer Jürgen Stroop (1895 in Detmold geboren, "Henker des Warschauer Gettos") wird am 6. März 1952 in Warschau hingerichtet.

11.03.1952

BRD: Die fast vollkommen verwüstete Insel Helgoland (jahrelang Übungsgebiet der britischen Luftwaffe) wird am 11. März 1952 an die Bundesrepublik Deutschland zurückgegeben.

30.03.1952

BRD: Die Bundesrepublik Deutschland, Israel und die Jewish Claims Conference führen am 30. März 1952 Verhandlungen über Wiedergutmachungsleistungen.

02.05.1952

BRD: Das "Lied der Deutschen" bzw. das "Deutschlandlied" wird am 2. Mai 1952 (wieder) Nationalhymne der Bundesrepublik Deutschland.

Zur deutschen Nationalhymne gehören offiziell alle 3 Strophen. Bundeskanzler Adenauer und Bundespräsident Heuss regeln jedoch damals, daß bei staatlichen Veranstaltungen nur die dritte Strophe gespielt bzw. gesungen werden soll.

25.06.1952

BRD: Die Bundesregierung verkündet am 25. Juni 1952 das Gesetz über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Rechnungsjahr 1952 (x182/218): >>... Von den Ausgaben in Höhe von 21,1 Milliarden DM entfallen 36,2 % auf Sozialleistungen und 37,4 % auf Besatzungskosten. ...<<

20.08.1952

BRD: Der SPD-Vorsitzende Kurt Schumacher (am 13. Oktober 1895 im westpreußischen Kulm geboren, einer der wenigen aufrechten Politikern der Nachkriegszeit, die das Deutsche Reich tatsächlich erhalten wollen) stirbt am 20. August 1952.

10.09.1952

Luxemburg: Die Bundesrepublik Deutschland, Israel und die Jewish Claims Conference unterzeichnen am 10. September 1952 in Luxemburg ein Wiedergutmachungsabkommen.

24.09.1952

Rumänien: In der am 24. September 1952 verabschiedeten neuen Verfassung der Volksrepublik Rumänien gewährt man den nationalen Minderheiten angeblich wieder alle demokratischen Rechte (x007/180E-182).

04.11.1952

USA: Der Republikaner Dwight D. Eisenhower (1890-1969) wird am 4. November 1952 zum 34. Präsidenten der USA gewählt.

25.12.1952

BRD: Der Nordwestdeutsche Rundfunk überträgt am 25. Dezember 1952 erstmalig das 1. Deutsche Fernsehprogramm.

Die "BILD-Zeitung" berichtet am 25. Dezember 1952 über den Start des bundesdeutschen Fernsehens: >>Fernsehen da: Ein neues Zeitalter beginnt

... Genau eine Stunde und 58 Minuten dauert der erste TV-Abend – mit dabei Irene Koss, Deutschlands erste TV-Ansagerin und Showmaster Peter Frankenfeld.

Die Revolution aus der Röhre kann auf 4.664 genau registrierten Bildschirmen – u.a. von 1.632 Gastwirten, 453 Fabrikanten, 7 Pfarrern, einem Badeanstaltsbesitzer und Bundespräsident Theodor Heuss – empfangen werden.

Ein Fernseher kostet unerschwingliche dreieinhalb Monatslöhne – 1.150 Mark. Die Zuschauer drängeln sich in Kneipen und schauen mit frierenden Füßen in die Schaufenster von Elektroläden. ...<<

1952

DDR: Im Jahre 1952 fliehen 182.393 Deutsche aus der Sowjetzone in den Westen.

BRD: Die Atlantik-Brücke wird 1952 in Hamburg gegründet und fördert seither erfolgversprechende deutsche Nachwuchspolitiker), um sie anschließend mit den US-Eliten zusammenzuführen.

Frankreich: Die Zeitung "Le Monde " berichtet im Herbst 1952 über die "deutsche Einheit" (x243/179): >>... Der Augenblick ist noch nicht gekommen, daß man Deutschland volles Vertrauen schenken könnte. ...

Im wohlverstandenen eigenen Interesse sollten sich die Vereinigten Staaten ... mehr auf ihre alten Alliierten stützen als auf den unversöhnlichen Feind in zwei Weltkriegen.<<

13.01.1953

UdSSR: Stalin warnt am 13. Januar 1953 vor einem jüdischen "Ärztekomplott".

Die geplanten Säuberungen werden jedoch durch Stalins Tod im März 1953 verhindert (x025/109).

27.02.1953

Großbritannien: Im Londoner Abkommen einigen sich die USA, Großbritannien, Frankreich sowie 15 weitere Gläubigerstaaten und die BRD am 27. Februar 1953 über die Regulierung

und Tilgung der seit dem Ersten Weltkrieg entstandenen Auslandsschulden sowie die Wirtschaftshilfe nach dem Zweiten Weltkrieg.

Die deutsche Bundesregierung übernimmt als Rechtsnachfolgerin des Deutschen Reiches 6,1 Milliarden DM als Vorkriegsschulden und bestätigt 6,9 Milliarden DM als Nachkriegsschulden. 15,3 Milliarden DM Nachkriegsschulden werden erlassen (x089/313).

Die Reparationsforderungen aus dem Zweiten Weltkrieg werden am 27. Februar 1953 bis zum Abschluß eines Friedensvertrages mit einer gesamtdeutschen Regierung zurückgestellt (x155/104).

28.02.1953

BRD: Eine deutsche Spruchkammer rehabilitiert am 28. Februar 1953 den im Jahre 1946 hingerichteten Generaloberst Alfred Jodl als nicht schuldig der ihm zur Last gelegten Völkerrechtsbrüche, allerdings unter Ausklammerung des umstrittenen Anklagepunktes "Verbrechen gegen den Frieden" (x051/285).

05.03.1953

UdSSR: Josef W. Stalin (1879 in Georgien geboren, eigentlich Jossif Wissarionowitsch Dschugaschwili, Vorsitzender des Ministerrates der UdSSR) stirbt am 5. März 1953 nach einem Gehirnschlag in Moskau.

Nach wissenschaftlichen Untersuchungen von angesehenen belgischen und französischen Historikern, die auch Zahlenmaterial des internationalen Roten Kreuzes auswerteten, fordert die sowjetische Terrorherrschaft von 1917-67 (ohne Kriegsverluste) ca. 49,0 Millionen Menschenleben (x025/113). Russische Historiker ermitteln in späteren Studien, daß dem Terror des Sowjetkommunismus wahrscheinlich sogar 52-66 Millionen Opfer angelastet werden müssen (x025/259).

17.06.1953

DDR und Ost-Berlin: Die öffentlichen Proteste in Ost-Berlin und in der DDR (Gründe: allgemeiner Lohnkampf, Proteste gegen die Erhöhung von Arbeitsnormen, politische und soziale Mißstände usw.) weiten sich am 17. Juni 1953 zur Massendemonstration gegen das SED-Regime aus.

Die sowjetische Besatzungsmacht verhängt daraufhin den Ausnahmezustand und greift sofort militärisch ein, um das Ulbricht-Regime zu stützen. Der Volksaufstand wird schließlich durch brutale Gewalt und Strafmaßnahmen niedergeschlagen.

Dr. Hans Joachim Bergig (1935-2013) schreibt später über den Volksaufstand am 17. Juni 1953 (x287/207): >>... (In) der ehemaligen Reichshauptstadt streikten Bauarbeiter in der Ost-Berliner Stalinallee gegen die Erhöhung der Arbeitsnormen, was für sie mit erheblichen Lohnsenkungen verbunden gewesen wäre. Aus diesem Streik entwickelte sich am 17. Juni 1953 in Ost-Berlin und der DDR ein politischer Aufstand mit Forderungen nach freien Wahlen, Freizügigkeit in ganz Deutschland, ja nach der Einheit Deutschlands.

Kurz nach 11 Uhr wurde die auf dem Brandenburger Tor gehißte rote Fahne, das verhaßte Symbol der Zwangsherrschaft, unter Beifall Tausender Demonstranten heruntergeholt und zerrissen. Die ersten Schüsse peitschten auf. Um 13 Uhr verkündete der sowjetische Militärkommandant den Ausnahmezustand. Damit war der Arbeiteraufstand, der in der Bundesrepublik Deutschland als nationaler Gedenktag begangen wird, zusammengebrochen.

Die SED reagierte mit drakonischen Strafen, aber zugleich mit der Beteuerung, das "große nationale Ziel, die Wiedervereinigung Deutschlands, voranzubringen".

Anläßlich der Trauerkundgebung für die Opfer des 17. Juni betonten die Vertreter der Bundesregierung und der Regierende Bürgermeister vor dem Schöneberger Rathaus am 23. Juni 1953, daß diese erste Erhebung in einem kommunistisch regierten Land gezeigt habe, daß die Deutschen keine Sklaven mehr sein wollten.<<

25.06.1953

BRD: Der Bundestag beschließt am 25. Juni 1953 ein neues Wahlgesetz.

Künftig müssen die Parteien mindestens 5 % der abgegebenen Wählerstimmen oder einen Wahlkreis direkt gewinnen, um in den Bundestag einzuziehen.

Die "5 %-Klausel" soll vor allem den Einzug von kleineren Parteien ins Parlament verhindern und klare Mehrheiten ermöglichen.

11.07.1953

DDR und Ost-Berlin: In der SBZ wird am 11. Juli 1953 der Ausnahmezustand aufgehoben. Nach offiziellen Angaben des SED-Regimes werden beim Arbeiteraufstand 4 Volkspolizisten und 21 Zivilisten getötet.

Die Zahl der Getöteten liegt aber wahrscheinlich zwischen 200 und 300. In der Folgezeit werden noch viele Teilnehmer des Aufstandes inhaftiert und zum Tod oder zu langen Haftstrafen verurteilt. Die SED ordnet später einen gemäßigten Kurs an, der nicht mehr ausschließlich durch Druck, sondern vor allem durch Agitation und Überredung geprägt wird.

24.07.1953

BRD: Die Bundesregierung verkündet am 24. Juli 1953 das Gesetz über die Feststellung des Bundshaushaltsplans für das Rechnungsjahr 1953 (x182/219): >>... Von den Ausgaben in Höhe von 23,3 Milliarden DM entfallen 33,0 % auf Sozialleistungen und 31,3 % auf Besatzungskosten. ...<<

27.07.1953

Korea: Nach langen Friedensverhandlungen wird am 27. Juli 1953 in Korea ein Waffenstillstandsvertrag geschlossen.

Korea bleibt danach etwa längs des 38. Breitengrades in Nordkorea und Südkorea geteilt. Eine internationale Kommission soll den Waffenstillstand überwachen.

Der deutsche Religions- und Kirchenkritiker Karlheinz Deschner (1924-2014) schreibt später über die Folgen des Korea-Krieges (x068/290): >>Die Verluste waren beträchtlich. Und hatten sich auch 15 Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen schwach am Krieg beteiligt, die Hauptverluste trafen die Hauptbeteiligten. Die USA: mehr als 33.000 Tote, 100.000 Verwundete. Dazu, auf südkoreanischer Seite: 70.000 Gefallene und 500.000 getötete Zivilisten. Die Nordkoreaner und Chinesen hatten 2 Millionen Tote, darunter 400.000, die an kriegsbedingten Krankheiten umgekommen sind.

Die USA aber stützten und schützten weiter den Diktator Syngman Rhee (1948-1960) und seinen antikommunistischen Polizeistaat stalinistischer Prägung. Jeder Versuch der Opposition, dies Schreckensregiment durch ein parlamentarisches System zu ersetzen, wurde brutal erstickt. Eine Armee von Schnüfflern durchschwärmte das Land. Ungezählte Tausende verschwanden ohne reguläres Gerichtsverfahren in den Kerkern.

Man terrorisierte Studenten und Arbeiter, setzte Gas gegen sie ein, und die US-Truppen standen sozusagen Gewehr bei Fuß, um auch noch die übelsten Aktionen dieser Despotie zu decken. ...<<

23.08.1953

DDR: Die Sowjets verzichten am 23. August 1953 auf weitere Reparationen und erklären sich bereit, die restlichen SAG-Betriebe ab Januar 1954 zurückzugeben (x009/514).

06.09.1953

BRD: Bei der 2. Bundestagswahl am 6. September 1953 erhalten die Parteien folgende Wählerstimmen (x089/82): >>CDU/CSU = 45,2 %, SPD = 28,8 %, FDP = 9,5 %, BHE = 5,9 %, DP = 3,3 %, KPD = 2,2 %, Sonstige = 5,1 %.<<

September 1953

BRD: Die Bundesregierung beschließt im September 1953 ein Gesetz, daß die Individualhilfe für die Opfer der NS-Verfolgung zum Rechtsanspruch erhebt.

Hierzu zählen z.B. auch die Starthilfen für den Staat Israel (Ansiedlungshilfen, entgeltlose Lieferungen von Maschinen, Schiffen und Erdöl in Höhe von 3,45 Milliarden DM) sowie Rentenzahlungen an rd. 500.000 Überlebende der NS-Judenausrottung (x128/224).

20.10.1953

BRD: Bundeskanzlers Konrad Adenauer bildet nach seiner Wiederwahl am 20. Oktober 1953 eine Koalitionsregierung aus CDU/CSU, FDP und BHE.

Der deutsche Bundeskanzler Konrad Adenauer berichtet während der Regierungserklärung vom 20. Oktober 1953 (x353/80): >>... Entsprechend den zahlreichen Erklärungen des Bundestags und der Bundesregierung wird das deutsche Volk die sogenannte Oder-Neisse-Grenze niemals anerkennen.<<

1953

DDR: Im Jahre 1953 fliehen 331.390 Deutsche aus der Sowjetzone in den Westen.

07.05.1954

Vietnam: Die französischen Truppen der Festung Dien Bien Phu kapitulieren am 7. Mai 1954.

Damit geht der letzte französische Stützpunkt verloren. Frankreichs Kolonialherrschaft in Indochina wird dadurch endgültig beendet.

Der britisch-nordamerikanische Historiker Geoffrey Parker schreibt später über die politische Entwicklung Vietnams (x192/457): >>... In Indochina, das wieder seinen alten Namen Vietnam erhielt, endete ein Befreiungskrieg 1954 mit der Niederlage der Franzosen bei Dien Bien Phu; auch hier wurde das Land (wie in Korea) in einen kommunistischen Norden und einen kapitalistischen Süden geteilt.

Als der kommunistische Norden ab 1957 Übergriffe gegen den Süden startete, erhielt dieser von den USA Militärhilfe. Im Verlauf der sechziger Jahre schlitterte Amerika in einen langen und mit größter Brutalität geführten Krieg, in dem es eine halbe Million Soldaten einsetzte, um "den Vormarsch des Kommunismus zu stoppen". ...<<

26.05.1954

BRD: Die Bundesregierung verkündet am 26. Mai 1954 das Gesetz über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Rechnungsjahr 1954 (x182/219): >>... Von den Ausgaben in Höhe von 24,2 Milliarden DM entfallen 31,9 % auf Sozialleistungen und 33,2 % auf Besatzungskosten.<<

08.06.1954

BRD: Der SPD-Abgeordnete Jakob Altmaier erklärt am 8. Juni 1954 im Deutschen Bundestag (x352/86): >>... Die Austreibung der Deutschen aus ihrer eigenen, in mehr als tausendjähriger Kultur durch Werke des Friedens ausgestalteten und unverlierbar gebliebenen Heimat war ein Völkermord.<<

14.06.1954

BRD: In Bad Neuenahr gründet der Gesamtdeutsche Minister Jakob Kaiser am 14. Juni 1954 das Kuratorium "Unteilbares Deutschland", um die Wiedervereinigung Deutschlands zu unterstützen.

In der Gründungserklärung heißt es (x024/263): >>Seit fast einem Jahrzehnt ist Deutschland in mehrere Teile zerrissen. Millionen Deutsche sind aus ihrer Heimat vertrieben. Millionen Deutsche müssen unter der Herrschaft des Zwanges und des Unrechts leben.

Im eigenen Land ist es den Deutschen durch Zonen- und Sektorengrenzen noch immer verwehrt, einander frei und ungehindert zu begegnen. Das natürliche Recht eines jeden Volkes auf menschliche und staatliche Gemeinschaft wird dem deutschen Volk noch immer vorenthalten. Alle Bemühungen seit 1945, ein freies und geeintes Deutschland wiederherzustellen, blieben bisher vergeblich. Die Zerreißen unseres Volkes und Landes wurde vielmehr weiter verschärft.

Wir können aber nicht erwarten, daß uns die Welt dazu verhilft, wenn wir nicht selber alles an die Wiedererlangung unserer Einheit setzen. Die unterzeichneten Männer und Frauen haben es sich deshalb zur Aufgabe gemacht, den Willen zur Wiedervereinigung in allen Kreisen unseres Volkes zu stärken. ...<<

17.07.1954

BRD: Bundespräsident Theodor Heuss wird am 17. Juli 1954 zum 2. Mal gewählt.

23.10.1954

Frankreich: Während der "Pariser Konferenz" (19. bis 23. Oktober) wird der sog. "Deutschlandvertrag" (Vertrag über die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den USA, Großbritannien und Frankreich) vom 26. Mai 1952 geändert. Der "Deutschlandvertrag" (geänderte Fassung vom 23. Oktober 1954) tritt aber erst am 5. Mai 1955 in Kraft.

1954

DDR: Im Jahre 1954 fliehen 184.198 Deutsche aus der Sowjetzone in den Westen.

Niederlande: Die Geheimorganisation der sog. "Bilderberger" (Hauptziele: Weltstaat, Weltarmee, Weltregierung) wird im Jahre 1954 durch Prinz Bernhard der Niederlande im Hotel de Bilderberg in Oosterbeek/Niederlande gegründet. Ein internationales Beratungskomitee entscheidet, wer zu dem jährlichen Treffen der "unsichtbare Weltregierung" eingeladen wird.

01.01.1955

CSR: Das tschechoslowakische statistische Amt teilt am 1. Januar 1955 offiziell mit, daß sich noch 165.790 Deutsche in der CSR aufhalten (x004/132).

25.01.1955

UdSSR: Die Sowjetunion beendet am 25. Januar 1955 den Kriegszustand mit Deutschland, ohne ihre bestehenden Rechte und Pflichten als Siegermacht aufzuheben.

Polen, die Tschechoslowakei und andere kommunistische Satelliten-Staaten folgen später diesem Beispiel (x009/50).

01.02.1955

DDR: Die Deutsche Grenzpolizei übernimmt ab 1. Februar 1955 die Bewachung der DDR-Staatsgrenzen.

05.05.1955

BRD: Die Pariser Verträge treten am 5. Mai 1955 in Kraft: Die Bundesrepublik Deutschland erhält endlich die zugesagte Souveränität und fast alle Hoheitsrechte. Das Besatzungsstatut entfällt.

07.05.1955

BRD: Die Bundesrepublik Deutschland tritt am 7. Mai 1955 der Westeuropäischen Union (WEU) bei.

09.05.1955

BRD: Die Bundesrepublik Deutschland wird am 9. Mai 1955 Mitglied der Nordatlantischen Verteidigungsgemeinschaft (NATO).

14.05.1955

Polen: Die Staaten des Sowjetblocks (UdSSR, Albanien, Bulgarien, CSR, Polen, Rumänien und Ungarn), zu denen als 8. Staat die DDR gehört, schließen am 14. Mai 1955 in Warschau einen Beistands- und Rüstungspakt (Warschauer Beistandspakt bzw. Militärbündnis) gegen die Abwehrbemühungen der nichtkommunistischen Staaten Europas und unterstellen sich dem Oberbefehl des Sowjetmarschalls Konjew.

15.05.1955

Österreich: Die 4 Siegermächte schließen am 15. Mai 1955 einen Friedensvertrag mit Österreich.

Die österreichische Regierung (Bundeskanzler Raab) muß sich zu "immerwährender Neutrali-

tät" verpflichtet und darf außerdem keine wirtschaftliche oder politische Vereinigung mit Deutschland anstreben (x128/211).

22.09.1955

BRD: Die Bundesregierung bestätigt am 22. September 1955 die politischen Grundsätze der "Hallstein-Doktrin".

Diplomatische Beziehungen zur DDR werden danach als unfreundlicher Akt gegen die Bundesrepublik Deutschland eingestuft (x243/191).

23.10.1955

Frankreich: Bei der Volksabstimmung über das Saarstatut vom 23. Oktober 1955 lehnen 67,7 % der Saarländer (Wahlbeteiligung = 97,5 %) das Europäische Statut ab, denn sie wollen Deutsche bleiben (x155/52).

1955

DDR: Im Jahre 1955 fliehen 252.870 Deutsche aus der Sowjetzone in den Westen.

Berlin: Im Jahre 1955 wird die deutsche Nebenstelle des "Royal Institute of International Affairs" und des CFR die "Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik" (DGAP) in Berlin gegründet, um die Probleme der internationalen und besonders der europäischen Wirtschaft sowie der Politik zu erörtern und zu lösen.

02.01.1956

BRD: Die Bundeswehr beginnt am 2. Januar 1956 ihren Dienst.

18.01.1956

DDR: Die Volkskammer nimmt am 18. Januar 1956 das Gesetz über den Aufbau einer Nationalen Volksarmee an (Ende der "verdeckten Aufrüstung").

31.01.1956

BRD: Der neugewählte saarländische Landtag beschließt am 31. Januar 1956 den Anschluß des Saarlandes an die Bundesrepublik Deutschland.

30.06.1956

Polen: In Posen bricht Ende Juni 1956 ein Arbeiteraufstand aus.

Der Aufstand wird durch die polnische Armee und Polizeiverbände kurzfristig niedergeschlagen.

07.07.1956

BRD: Der Bundestag beschließt am 17. Juli 1956 ein Gesetz über die allgemeine Wehrpflicht für Männer zwischen 18 und 45 Jahren. Das Gesetz gilt nicht in West-Berlin.

24.07.1956

BRD: Die Bundesregierung verkündet am 24. Juli 1956 das Gesetz über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Rechnungsjahr 1956 (x182/219): >>... Von den Ausgaben in Höhe von 28,4 Milliarden DM entfallen 34,2 % auf Sozialleistungen und 25,9 % auf Verteidigungskosten.<<

17.08.1956

BRD: Die KPD wird am 17. August 1956 vom Bundesverfassungsgericht als verfassungsfeindlich eingestuft und verboten.

23.10.1956

Ungarn: Die Studentenunruhen in Budapest (bei denen man z.B. demokratische Grundrechte und die Kündigung des Warschauer Paktes fordert) entwickeln sich am 23. Oktober 1956 zu einem spontanen, führerlosen Aufstand der Bevölkerung.

Der ungarische Volksaufstand wird daraufhin innerhalb von zwei Wochen durch sowjetische Truppen rücksichtslos niedergeschlagen. Im gesamten Land finden anschließend massenhafte Deportationen und Hinrichtungen statt. Etwa 200.000 Ungarn fliehen nach dem gescheiterten Volksaufstand bis Ende November 1956 ins Ausland.

1956

DDR: Im Jahre 1956 fliehen 279.189 Deutsche aus der Sowjetzone in den Westen.

01.01.1957

BRD: Am 1. Januar 1957 wird das Saarland gemäß "Luxemburger Abkommen" das 10. Bundesland der Bundesrepublik Deutschland.

31.01.1957

BRD: Bundesaußenminister von Brentano erklärt während der Regierungserklärung vom 31. Januar 1957 (x155/101): >>Mit ihren Bündnispartnern ist die Bundesregierung darüber einig, daß die endgültige Festlegung der Grenzen Deutschlands bis zu einer frei vereinbarten friedensvertraglichen Regelung für ganz Deutschland aufgeschoben werden muß.

Nur eine gesamtdeutsche Regierung und eine vom ganzen Volk gewählte Volksvertretung sind legitimiert, diese Entscheidung über die künftigen deutschen Ostgrenzen zu treffen.

Die Bundesregierung hält daran fest, daß für den völkerrechtlichen Gebietsstand Deutschlands die Grenzen des Deutschen Reiches am 31. Dezember 1937 maßgeblich sind, und daß das deutsche Volk die Oder-Neiße-Linie nicht als gegenwärtige oder künftige Grenze Deutschlands akzeptieren kann. ...<<

25.03.1957

Italien: In Rom werden am 25. März 1957 die zeitlich unbegrenzten Verträge über die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft ("EWG") und die Europäische Atomgemeinschaft ("EURATOM") unterzeichnet.

26.06.1957

BRD: Die Bundesregierung verkündet am 26. Juni 1957 das Gesetz über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Rechnungsjahr 1957 (x182/220): >>... Von den Ausgaben in Höhe von 32,3 Milliarden DM entfallen 32,5 % auf Sozialleistungen und 24,7 % auf Verteidigungskosten.<<

15.09.1957

BRD: Bei der 3. Bundestagswahl am 15. September 1957 erhalten die Parteien folgende Wählerstimmen (x089/82): >>CDU/CSU = 50,2 %, SPD = 31,8 %, FDP = 7,7 %, BHE = 4,6 %, DP = 3,4 %, Sonstige = 2,3 % (die KPD ist seit 1956 verboten).<<

29.10.1957

BRD: Nach seiner Wiederwahl bildet Bundeskanzler Konrad Adenauer am 29. Oktober 1957 eine Koalitionsregierung aus CDU/CSU und FDP.

1957

DDR: Im Jahre 1957 fliehen 261.622 Deutsche aus der Sowjetzone in den Westen.

01.01.1958

Belgien: Die EWG- und Euratom-Verträge treten am 1. Januar 1958 in Kraft.

22.01.1958

UdSSR: Nikita Chruschtschow (1894-1971, seit 1953 Erster Sekretär des ZK der KPdSU, 1958-1964 Ministerpräsident) erklärt am 22. Januar 1958 in Minsk (x299/166): >>... Es muß der Status quo (die derzeitige Grenzziehung) anerkannt werden, muß anerkannt werden, daß es in der Welt zwei Systeme von Staaten gibt – das kapitalistische und das sozialistische System -, es muß das Prinzip der friedlichen Koexistenz anerkannt werden, und man darf sich nicht in die Angelegenheiten anderer Staaten einmischen.<<

23.01.1958

BRD: SPD und FDP beantragen am 23. Januar 1958 im Bundestag, diplomatische Beziehungen mit Polen aufzunehmen.

05.02.1958

DDR: Verschleppte mitteldeutsche Wissenschaftler kehren am 5. Februar 1958 aus der UdSSR zurück.

21.05.1958

BRD: Der deutsche CDU-Politiker Kurt Georg Kiesinger (1904-1988, von 1966-1969 Bundeskanzler) erklärt in einem Bericht des Nachrichtenmagazins "DER SPIEGEL" vom 21. Mai 1958 (x353/67): >>... Wir sind doch faktisch ein Protektorat der Vereinigten Staaten.<<

28.05.1958

DDR und Ost-Berlin: Am 28. Mai 1958 werden in der SBZ und Ost-Berlin zum letzten Mal Lebensmittelkarten ausgegeben, die zu niedrigen Preisen zum Bezug rationierter Lebensmittel (Fett, Fleisch, Zucker, Milch) berechtigen.

24.07.1958

BRD: Die Bundesregierung verkündet am 24. Juli 1958 das Gesetz über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Rechnungsjahr 1958 (x182/220): >>... Von den Ausgaben in Höhe von 33,9 Milliarden DM entfallen 30,2 % auf Sozialleistungen und 25,4 % auf Verteidigungskosten.<<

01.12.1958

BRD: Die Ludwigsburger Zentrale Stelle zur Aufklärung nationalsozialistischer Gewaltverbrechen und Verfolgung von NS-Tätern beginnt am 1. Dezember 1958 ihre Tätigkeit.

1958

BRD: Zweckmäßige Wirtschaftspolitik ("soziale Marktwirtschaft"), Arbeitseifer und Unternehmungslust der Deutschen fördern den wirtschaftlichen Aufschwung (sog. "Wirtschaftswunder").

Die Industrieproduktion steigt von 1950-58 um rd. 177 %. Ende 1958 besitzt die Bundesrepublik Deutschland bereits wieder Devisen in Höhe von 25,2 Milliarden DM, während die gesamten Schulden nur noch 22,3 Milliarden DM betragen (x069/215).

23.03.1959

DDR: Ministerpräsident Otto Grotewohl fordert am 23. März 1959 in einer Rede vor Kulturschaffenden, daß die atheistische Denkweise mit staatlichen Mitteln durchzusetzen ist (x009/216).

01.07.1959

BRD: Der CDU-Politiker Heinrich Lübke (1894-1972) wird am 1. Juli 1959 zum Bundespräsidenten gewählt.

06.07.1959

BRD: Die Bundesregierung verkündet am 6. Juli 1959 das Gesetz über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Rechnungsjahr 1959 (x182/220): >>... Von den Ausgaben in Höhe von 37,9 Milliarden DM entfallen 28,0 % auf Sozialleistungen und 25,3 % auf Verteidigungskosten.<<

06.10.1959

DDR: Seit Bestehen der DDR sind bis zum 6. Oktober 1959 rd. 2,3 Millionen Deutsche aus der Sowjetzone in den Westen geflohen.

1959

SBZ/Ostpreußen: Die sowjetischen Atomraketen in der DDR werden im Jahre 1959 überraschend in die Nähe von Kaliningrad (Königsberg) verlegt.

Der deutsche Historiker Alexander Demandt schreibt später über die damaligen Atomwaffenstandorte in Mitteleuropa (x283/244-245): >>Die gegen Ziele in Westeuropa, namentlich in der Bundesrepublik gerichteten atomaren Mittelstreckenraketen der Sowjets lagern seit 1959 in Kaliningrad, dem alten Königsberg.

Die Gegenstellung befindet sich in der Eifel. In den Katakomben des Fliegerhorts Büchel schlummerten – und tun dies noch heute – für den Einsatz im Ernstfall 20 Atombomben vom Typ B 61 mit der jeweils 26fachen Sprengkraft der Hiroshima-Bombe. Sie unterstehen der US-Air Force und werden auf Befehl des amerikanischen Präsidenten durch deutsche Maschi-

nen vom Jagdbombengeschwader 33 auf russische Ziele im Hinterland angesetzt.
Die Rechtsgrundlage bietet die "nukleare Teilhabe" der Bundeswehr an der militärischen Abwehr der NATO. ...<<

DDR: Im Jahre 1959 fliehen 143.917 Deutsche aus der Sowjetzone in den Westen.

1960

DDR: Im Jahre 1960 fliehen 199.188 Deutsche aus der Sowjetzone in den Westen.

USA: Die "Antibabypille" wird im Jahre 1960 in den USA zugelassen (Deutschland: 1962) und revolutioniert schon bald das Sexualverhalten der Menschen.

17.06.1961

BRD: In Kahl/Main liefert das erste deutsche Kernkraftwerk am 17. Juni 1961 erstmalig Strom.

30.06.1961

BRD: In Bonn wird am 28. Juni 1961 das Bundesgesetz für die Sozialhilfe verkündet.

Die Sozialhilfe löst danach die bisherige "Fürsorge" ab und soll jedem Bürger ein menschenwürdiges Existenzminimum garantieren.

13.08.1961

DDR und Berlin: Die Sektorengrenze und die Demarkationslinie nach West-Berlin werden im Einvernehmen mit den Warschauer-Pakt-Staaten am 13. August 1961 abgeriegelt.

Bis auf 7 Sektorenübergänge, die scharf kontrolliert werden, schließt man alle Übergänge nach West-Berlin. Ost-Berlin wird militärisch besetzt. An der Ost-Berliner Sektorengrenze errichtet man gleichzeitig Stacheldrahthindernisse, um die eigene Bevölkerung gewaltsam im Land zu halten. Es ereignen sich vielerorts dramatische Zwischenfälle.

Die Abriegelungsmaßnahmen in der SBZ (Beginn des Mauerbaues in Berlin) werden vor allem mit der Abwerbung (Bezeichnung für die Verleitung zur Republikflucht) begründet. Allein vom 1. Januar bis zum 13. August 1961 fliehen 155.402 Deutsche aus der Sowjetzone in den Westen. Nach Sperrung der Grenze und dem Bau der Mauer versiegt der Flüchtlingsstrom nach Westdeutschland und West-Berlin. West-Berliner dürfen Ost-Berlin nur noch mit Aufenthaltsgenehmigungen betreten.

Dr. Hans Joachim Berbig (1935-2013) schreibt später über den Bau der Berliner Mauer (x287/195): >>Am 15. Juni hatte der Staatsratsvorsitzende Walter Ulbricht noch versichert: "Niemand hat die Absicht, eine Mauer zu errichten".

Aber unter dem zunehmenden Druck der Fluchtbewegung aus der DDR und Ost-Berlin durch das Schlupfloch nach West-Berlin entschließen sich die Führungen in Moskau und in Ost-Berlin, die Abwanderung von qualifizierten Arbeitskräften zu verhindern.

Ulbricht läßt daher am 13. August 1961 beide Teile Berlins auf einer Länge von 45 km und die Westsektoren von der DDR auf einer Länge von 120 km durch eine Mauer trennen, um die "Abstimmung mit den Füßen" gegen sein Regime zu stoppen.

Die Teilung Deutschlands ist damit zementiert. ...<<

17.09.1961

BRD: Bei der 4. Bundestagswahl am 17. September 1961 erhalten die Parteien folgende Wählerstimmen (x089/82): >>CDU/CSU = 45,3 %, SPD = 36,2 %, FDP = 12,8 %, GDP = 2,8 %, Sonstige = 2,9 %.<<

14.11.1961

BRD: Nach seiner Wiederwahl bildet Bundeskanzler Konrad Adenauer am 14. November 1961 eine Koalitionsregierung aus CDU/CSU und FDP.

Die FDP setzt jedoch bereits während der Koalitionsverhandlungen den vorzeitigen Rücktritt Adenauers durch.

15.07.1963

BRD: Egon Bahr (SPD-Politiker) spricht am 15. Juli 1963 während seiner "Tutzingener Rede"

erstmal von einer "neuen Ostpolitik" (Wandel durch Annäherung).

11.10.1963

BRD: Bundeskanzler Adenauer (CDU) erklärt am 11. Oktober 1963 vorzeitig seinen Rücktritt.

16.10.1963

BRD: Ludwig Erhard (CDU) wird am 16. Oktober 1963 zum neuen Bundeskanzler gewählt.

22.11.1963

USA: US-Präsident John Fitzgerald Kennedy (1917-1963) stirbt am 22. November 1963 nach einem Attentat in Dallas/Texas.

01.07.1964

BRD: Heinrich Lübke (1894-1972) wird am 1. Juli 1964 nochmals zum Bundespräsidenten gewählt.

30.07.1964

Vietnam: Im Golf von Tongking werden am 30. Juli 1964 angeblich 2 US-Zerstörer von nordvietnamesischen Kriegsschiffen angegriffen (x175/579).

Nach diesem nie völlig aufgeklärten "Tongking-Zwischenfall" beginnen einige Tage später US-Luftangriffe gegen nordvietnamesische Marinestützpunkte.

07.08.1964

USA: Der US-Kongreß genehmigt am 7. August 1964 die geforderte Truppenverstärkung in Vietnam und ermächtigt US-Präsident Johnson, Vergeltungsaktionen für die Angriffe auf Kriegsschiffe der USA ("Tongking-Zwischenfall") durchzuführen - eigentlicher Beginn des Vietnamkrieges (x175/579).

13.05.1965

Israel: Israel und die Bundesrepublik Deutschland nehmen am 13. Mai 1965 diplomatische Beziehungen auf.

Die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Israel führt später zum Abbruch von diplomatischen Beziehungen zwischen arabischen Staaten und der Bundesrepublik.

19.09.1965

BRD: Während der 5. Bundestagswahl am 19. September 1965 erhalten die Parteien folgende Wählerstimmen (x089/82): >>CDU/CSU = 47,6 %, SPD = 39,3 %, FDP = 9,5 %, Sonstige = 3,6 %.<<

26.10.1965

BRD: Nach seiner Wiederwahl bildet Bundeskanzler Ludwig Erhard am 26. Oktober 1965 eine Koalitionsregierung aus CDU/CSU und FDP.

09.05.1966

DDR: Die "BILD-Zeitung" berichtet am 9. Mai 1966: >>Atomstrom in der DDR

... Das erste Atomkraftwerk der DDR geht in der bis dahin industriell unberührten Seenlandschaft im nördlichen Brandenburg (bei Rheinsberg) in Betrieb. ...<<

30.11.1966

BRD: Bundeskanzler Ludwig Erhard (CDU) tritt am 30. November 1966 zurück.

01.12.1966

BRD: Kurt G. Kiesinger (CDU) wird am 1. Dezember 1966 zum Bundeskanzler gewählt und bildet eine große Koalitionsregierung aus CDU/CSU und SPD. Vizkanzler und Außenminister wird Willy Brandt (SPD).

31.01.1967

BRD: Die Bundesregierung beschließt am 31. Januar 1967 die Wiederaufnahme diplomatischer Beziehungen mit Rumänien (Aufgabe der "Hallstein-Doktrin") und vereinbart mit der CSR, Handelsvertretungen zu errichten.

Juni 1967

Israel: Israel schlägt im Sechstagekrieg (Juni 1967) seine arabischen Nachbarn entscheidend und besetzt im Jahre 1967 das Westjordanland, die Sinaihalbinsel, den Gazastreifen und die syrischen Golanhöhen.

01.07.1967

Belgien: Am 1. Juli 1967 entsteht die Europäische Gemeinschaft (EG).

11.04.1968

BRD: Der Studentenführer Rudi Dutschke (1940-1979, seit 1964 Mitglied des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes) wird am 11. April 1968 durch einen rechtsradikalen Attentäter schwer verletzt.

01.07.1968

Belgien: Durch die Abschaffung aller Binnenzölle für gewerbliche Erzeugnisse und der Einführung eines gemeinsamen Außenzolls gegenüber Drittländern wird am 1. Juli 1968 innerhalb der EG die Zollunion realisiert.

20.08.1968

CSR: Truppen des Warschauer Paktes marschieren am 20. August 1968 in Prag ein. Der sog. "Prager Frühling" wird danach gewaltsam beendet.

05.03.1969

BRD: Der SPD-Politiker Gustav Heinemann (1899-1976, 1949/50 Bundesinnenminister – Rücktritt wegen Wiederbewaffnung der Bundesrepublik Deutschland) wird am 5. März 1969 zum Bundespräsidenten gewählt.

16.07.1969

USA: Das US-Mondlande-Unternehmen "Apollo 11" startet am 16. Juli 1969.

Am 21. Juli 1969 betritt Neil Armstrong (1930-2012) als erster Mensch den Mond mit den Worten: "Das ist ein kleiner Schritt für einen Menschen - aber ein großer für die Menschheit". Ihm folgt Edwin Aldrin (*1930), während Michael Collins (*1931) im Mutterschiff um den Mond kreist und auf die Rückkehr der Landefähre wartet. Alle Phasen des Unternehmens werden durch das US-Fernsehen weltweit übertragen.

28.09.1969

BRD: Während der 6. Bundestagswahl erhalten die Parteien am 28. September 1969 folgende Wählerstimmen (x089/82): >>CDU/CSU = 46,1 %, SPD = 42,7 %, FDP = 5,8 %, Sonstige = 5,4 %.<<

22.10.1969

BRD: Bundeskanzler Willy Brandt (1913-1992) bildet am 22. Oktober 1969 eine Koalitionsregierung aus SPD und FDP.

14.05.1970

West-Berlin: Andreas Baader wird am 14. Mai 1970 durch Ulrike Meinhof, Gudrun Ensslin, Astrid Proll, Irene Goergens und Ingrid Schubert aus der Haft befreit ("Geburtsstunde der Roten-Armee-Fraktion – RAF").

27.05.1970

BRD: Der bereits vom Tod gezeichnete CSU-Bundestagsabgeordnete Freiherr von Guttenberg erklärt am 27. Mai 1970 während seiner letzten Rede vor dem Bundestag über die Oder-Neiße-Grenze (x161/14): >>... (Unter der Chiffre der Oder-Neiße) müsse mehr und anderes verstanden werden als bloße Grenzfragen, nämlich verletztes Menschenrecht! ...

Jene, die heute glauben, dieses ganze, große, komplexe Problem der Gebiete jenseits der Oder und Neiße und der Menschen, die von dort stammen - und die dort heute ihre Heimat haben - mit dem gleichen Rezept, mit dem einfachen Festnageln von Grenzpfählen, bewältigen und lösen zu können, die, die so denken, meine Damen und Herren, die denken in alten national-staatlichen Schemata.<<

31.07.1970

BRD: Das aktive Wahlalter wird am 31. Juli 1970 durch Grundgesetzänderung auf 18 Jahre reduziert.

12.08.1970

UdSSR: Bundeskanzler Brandt unterzeichnet am 12. August 1970 den "Moskauer Vertrag". Im Artikel 3 heißt es (x024/268-269): >>>Die Bundesrepublik Deutschland und die Union der sozialistischen Sowjetrepubliken betrachten heute und künftig die Grenzen aller Staaten in Europa als unverletzlich, wie sie am Tage der Unterzeichnung dieses Vertrages verlaufen, einschließlich der Oder-Neiße-Linie, die die Westgrenze der Volksrepublik Polen bildet, und der Grenze zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik. ...<<

Erstmals stellt eine deutsche Bundesregierung die territorialen Veränderungen des Zweiten Weltkrieges nicht mehr in Frage (Gewaltverzicht und Anerkennung der in Europa bestehenden Grenzen).

18.11.1970

Polen: Die Außenminister Scheel und Jendrychowski paraphieren am 18. November 1970 in Warschau den deutsch-polnischen Vertrag (x064/71): >>... I. Die Bundesrepublik Deutschland und die Volksrepublik Polen stellen übereinstimmend fest, daß die bestehende Grenzlinie, deren Verlauf im Kapitel IX der Beschlüsse der Potsdamer Konferenz vom 2. August 1945 von der Ostsee unmittelbar westlich von Swinemünde und von dort die Oder entlang bis zur Einmündung der Lausitzer Neiße und die Lausitzer Neiße entlang bis zur Grenze mit der Tschechoslowakei festgelegt worden ist, die westliche Staatsgrenze der Volksrepublik Polen bildet. ...<<

07.12.1970

Polen: Bundeskanzler Brandt unterzeichnet am 7. Dezember 1970 den "Warschauer Vertrag". Die Unverletzlichkeit der Oder-Neiße-Linie wird anerkannt.

Brandts Kniefall vor dem Mahnmahl im Warschauer Getto "geht damals um die Welt".

08.12.1970

Ostdeutschland: Bei der polnischen Volkszählung vom 8. Dezember 1970 werden in den Oder-Neiße-Gebieten etwa 680.000 Deutsche erfaßt, die dort seit über 25 Jahren leben (x077/-35).

10.12.1971

Norwegen: Bundeskanzler Willy Brandt erhält am 10. Dezember 1971 in Oslo den Friedensnobelpreis.

27.04.1972

BRD: Am 27. April 1972 beantragt die CDU/CSU (Kanzlerkandidat: Rainer Barzel) erstmals im deutschen Bundestag ein konstruktives Mißtrauensvotum, um Bundeskanzler Willy Brandt (SPD) zu stürzen. Das konstruktive Mißtrauensvotum scheidet jedoch, weil der CDU/CSU-Opposition 2 Stimmen fehlen.

17.05.1972

BRD: Der Deutsche Bundestag beschließt am 17. Mai 1972 die Ratifizierung des "Moskauer Vertrages" und des "Warschauer Vertrages".

Die CDU/CSU-Fraktion stimmt nicht für diese Ostverträge, sondern entscheidet sich für Enthaltung.

Nur die gemeinsame Erklärung zu den Ostverträgen wird fast einstimmig gebilligt. Danach stellen die Ostverträge keine friedensvertragliche Regelung für Deutschland dar und schaffen keine Rechtsgrundlage für die bestehenden Grenzen.

19.11.1972

BRD: Bei der vorgezogenen 7. Bundestagswahl erhalten die Parteien am 19. November 1972

folgende Wählerstimmen (x089/82): >>SPD = 45,8 %, CDU/CSU = 44,9 %, FDP = 8,4 %, Sonstige = 0,9 %.<<

14.12.1972

BRD: Nach seiner Wiederwahl bildet Bundeskanzler Brandt am 14. Dezember 1972 eine Koalitionsregierung aus SPD und FDP.

21.12.1972

BRD: Der Grundlagenvertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR wird am 21. Dezember 1972 unterzeichnet (Beschränkung der Hoheitsgewalt auf das jeweilige Staatsgebiet, Austausch ständiger Vertreter, Unverletzlichkeit der Grenzen, Antrag beider Staaten auf UNO-Mitgliedschaft).

01.01.1973

Belgien: Dänemark, Großbritannien und Irland treten am 1. Januar 1973 der EG bei und das Freihandelsabkommen mit Schweden, der Schweiz, Österreich und Portugal tritt in Kraft.

08.03.1973

DDR: Die SED-Regierung lehnt am 8. März 1973 Wiedergutmachungsforderungen Israels in jeglicher Form ab.

29.03.1973

Vietnam: Die US-Kampftruppen ziehen am 29. März 1973 ihre letzten Einheiten aus Süd-Vietnam ab.

Der nordamerikanische Politikwissenschaftler Norman G. Finkelstein schreibt später in seinem Buch "Die Holocaust-Industrie" über den US-Krieg in Vietnam (x169/88-89): >>... Infolge der Kriege der USA in Indochina starben etwa 4-5 Millionen Männer, Frauen und Kinder.

Nach dem Abzug der Amerikaner benötigte Vietnam, wie ein Historiker schreibt, dringend Hilfe. "Im Süden waren 9.000 von 15.000 Dörfern, 10 Millionen Hektar Ackerland sowie 5 Millionen Hektar Wald zerstört; 1,5 Millionen Nutztiere waren getötet worden. Schätzungen zufolge gab es 200.000 Prostituierte, 800.000 Waisen, 180.000 Behinderte und 1 Million Witwen; alle sechs Industriestädte des Nordens waren schwer beschädigt, ebenso wie Provinz- und Distrikthauptstädte sowie 4.000 von 5.800 landwirtschaftlichen Gemeinden."

Doch Präsident Carter verweigerte jegliche Wiedergutmachung und erklärte, daß "die Zerstörung wechselseitig war".

William Cohen, Verteidigungsminister unter Präsident Clinton, verkündete, er sehe keine Notwendigkeit für "irgendwelche Entschuldigungen, was den Krieg selbst betrifft", und äußerte ebenfalls die Meinung: "Beide Länder haben durch ihn gelitten. Sie haben von dem Krieg Narben zurückbehalten. Sicherlich haben auch wir welche." ...<<

31.07.1973

BRD: Das Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe bestätigt am 31. Juli 1973 die Zulässigkeit des Grundlagenvertrages mit der DDR vom 21.12.1972 (x070/168).

10.08.1973

USA: Der US-Milliardär David Rockefeller (1915- 2017) schreibt am 10. August 1973 in der "New York Times" über die kommunistische Revolution in China (x347/320): >>... Was auch immer der Preis der chinesischen Revolution gewesen sein mag, so war sie doch offensichtlich erfolgreich, nicht nur bei der Schaffung einer effizienteren und motivierten Verwaltung, sondern auch darin, eine höhere Moral und einen besseren Gemeinschaftsgeist zu schaffen. ... Das Sozialexperiment in China unter der Führung des Vorsitzenden Mao ist eines der wichtigsten und erfolgreichsten in der Menschheitsgeschichte.<<

18.09.1973

USA: Die Bundesrepublik Deutschland und die Deutsche Demokratische Republik werden am 18. September 1973 in die Vereinten Nationen aufgenommen, obwohl sie weiterhin zu den

sog. "Feindstaaten" des Zweiten Weltkrieges gehören.

Aufgrund der UN-Feindstaatenklauseln (Artikel 53 und 107) können gegen Feindstaaten des Zweiten Weltkrieges, ohne besondere Ermächtigung durch den UN-Sicherheitsrat, Zwangsmaßnahmen verhängt werden. Die Alliierten können z.B. bei aggressiven politischen Ausnahmezuständen in Deutschland, oder falls die Deutschen sich gegen die alliierten Nachkriegsregelungen auflehnen sollten, jederzeit ohne ein UN-Mandat militärisch eingreifen.

Die UN-Feindstaatenklauseln (Artikel 53 und 107) gegen Deutschland werden auch später nicht aufgehoben und existieren noch immer.

11.12.1973

CSR: Durch Unterzeichnung des Prager Vertrages wird am 11. Dezember 1973 das Münchener Abkommen vom 29.09.1938 "als nichtig" erklärt (x024/269): >>... Artikel I: Die Bundesrepublik Deutschland und die Tschechoslowakische Republik betrachten das Münchener Abkommen vom 29. September 1938 im Hinblick auf ihre gegenseitigen Beziehungen nach Maßgabe dieses Vertrages als nichtig. <<

Die Bundesrepublik und die Tschechoslowakei nehmen anschließend diplomatische Beziehungen auf.

1973

USA: David Rockefeller (1915-2017), Zbigniew Brzezinski (1928-2017) und andere gründen im Jahre 1973 die Geheimorganisation "Trilaterale Kommission".

Es handelt sich um eine elitäre Organisation von etwa 200 Spitzenkräften der Industrie- und Wirtschaftsmächte, d.h. der Trilateralen Nationen - Vereinigte Staaten, Japan und Westeuropa, um die endgültige Schaffung einer "Neuen Weltordnung" zu forcieren und eine "Weltregierung" durchzusetzen.

Die etwa 200 ständigen Mitglieder der "Trilateralen Kommission" kontrollieren mit den CFR-Mitgliedern weltweit große Teile der Wirtschaft, Industrie, Politik, Militär, und Medien. Mitglieder sind u.a. einflußreiche Konzernvorsitzende, Bankiers, Immobilienmakler, Wirtschaftler, Politologen, Rechtsanwälte, Verleger, Politiker, Gewerkschaftsführer, Stiftungspräsidenten und Journalisten.

22.03.1974

BRD: Die Volljährigkeit wird am 22. März 1974 von 21 auf 18 Jahre herabgesetzt, während man die Ehemündigkeit der Frauen von 16 auf 18 Jahre erhöht.

Im Strafrecht gelten die jungen Menschen weiterhin bis zum Alter von 21 Jahren als Jugendliche (x175/699).

06.05.1974

BRD: Bundeskanzler Willy Brandt (1913-1992) tritt am 6. Mai 1974 infolge der "Spionageaffäre Guillaume" zurück.

Die Regierungskoalition (SPD/FDP) bleibt bestehen.

16.05.1974

BRD: Helmut Schmidt (SPD) wird am 16. Mai 1974 zum Bundeskanzler gewählt.

17.11.1974

DDR: In den katholischen Gemeinden der DDR kritisiert am 17. November 1974 ein "Hirtenwort" der katholischen Bischöfe das staatliche Erziehungsmonopol der SED.

Der Erfolg dieser Kritik ist jedoch nur gering, denn in der DDR beträgt der Bevölkerungsanteil der Katholiken lediglich 0,7 %.

04.04.1975

Kambodscha: Die radikalen kommunistischen Roten Khmer vertreiben am 4. April 1975 das kambodschanische Staatsoberhaupt Prinz Sihanuk.

Nach der Machtergreifung Pol Pots (1925-1998) fallen von 1975-79 der kommunistischen Umgestaltung von Staat und Gesellschaft rd. 2 Millionen Menschen zum Opfer (x252/96).

27.05.1975

USA: In einem Brief an den nordamerikanischen Historiker Alfred M. de Zayas bestätigt das State Department am 27. Mai 1975 die Vereinbarungen des Potsdamer Abkommens (x028/239): >>... Die in diesen Erklärungen ausgedrückte Haltung ist noch die offizielle Position der Vereinigten Staaten.<<

27.06.1975

Großbritannien: Die britische Botschaft beantwortet am 27. Juni 1975 einen Brief des nordamerikanischen Historikers Alfred M. de Zayas (x028/239): >>... daß die Rechtsposition der Regierung Ihrer Majestät dieselbe bleibt, zu der sie durch die Abmachungen des Potsdamer Protokolls verpflichtet ist. Nämlich, daß die endgültige Festlegung der Westgrenze Polens bis zur Friedensregelung warten sollte.<<

12.12.1975

Palästina: Die Wochenzeitung "DIE ZEIT" veröffentlicht am 12. Dezember 1975 ein Gespräch mit dem PLO-Verteidigungsminister Zuhair Mohsen (1936-1979) über den Nahost-Konflikt (x243/247): >>... ZEIT: Würde ein Palästinenserstaat, der auf die ehemals jordanische Westbank (westlich des Jordans) und den Gaza-Streifen beschränkt wäre, den Palästinensern genügen?

Mohsen: Nein, niemals. Wir wollen jedes Feld, jedes Dorf und jedes Haus, das uns damals gehörte, zurückhaben. ... Das Naturrecht ist auf unserer Seite.

ZEIT: Kann den Israelis dieser nationale Selbstmord zugemutet werden?

Mohsen: Sie müssen es einsehen, aber sie werden es erst einsehen, wenn sie, vor uns auf den Knien liegen, wenn wir sie militärisch kurz- und kleingeschlagen haben.

ZEIT: Also kein Friede in Sicht?

Mohsen: Zur Zeit weder Krieg noch Frieden. Und in Zukunft wieder Krieg, neue Kriege. Das ist unvermeidlich.<<

09.05.1976

BRD: Ulrike Meinhof (1934-1976, RAF-Anführerin) erhängt sich am 9. Mai 1976 in ihrer Gefängniszelle in Stuttgart.

03.10.1976

BRD: Während der 8. Bundestagswahl erhalten die Parteien am 3. Oktober 1976 folgende Wählerstimmen (x089/82): >>CDU/CSU = 48,6 %, SPD = 42,6 %, FDP = 7,9 %, Sonstige = 0,9 %.<<

15.12.1976

BRD: Nach seiner Wiederwahl bildet Bundeskanzler Helmut Schmidt am 15. Dezember 1976 eine Koalitionsregierung aus SPD und FDP.

18.10.1977

Somalia/BRD: In Mogadischu stürmt die deutsche Spezialeinheit GSG 9 am 18. Oktober 1977 das von Terroristen entführte Flugzeug der Lufthansa.

Die zu lebenslanger Haft verurteilten RAF-Terroristen Andreas Baader, Gudrun Ensslin und Jan-Carl Raspe begehen am gleichen Tag in Stuttgart-Stammheim in ihren Zellen Selbstmord.

23.05.1979

BRD: Der CDU-Politiker Karl Carstens (1914-1992) wird am 23. Mai 1979 zum Bundespräsidenten gewählt.

10.06.1979

BRD, Belgien: In der Bundesrepublik Deutschland werden am 10. Juni 1979 erstmalig Abgeordnete für das Europäische Parlament gewählt.

03.07.1979

BRD: Die Verjährungsfrist für Mord wird am 3. Juli 1979 durch den Deutschen Bundestag generell aufgehoben, um NS-Verbrechen weiterhin ahnden zu können (x101/113).

13.01.1980

BRD: Am 13. Januar 1980 schließen sich die bisher nur lokal und regional organisierten "Grünen" und die "Grüne Aktion Zukunft" während ihres Gründungsparteitages in Karlsruhe zur Bundespartei "Die Grünen" zusammen.

05.10.1980

BRD: Während der 9. Bundestagswahl erhalten die Parteien am 5. Oktober 1980 folgende Wählerstimmen (x089/82): >>CDU/CSU = 44,5 %, SPD = 42,9 %, FDP = 10,6 %, Sonstige = 2,0 %.<<

05.11.1980

BRD: Nach seiner Wiederwahl bildet Bundeskanzler Helmut Schmidt am 5. November 1980 eine Koalitionsregierung aus SPD und FDP.

28.02.1981

BRD: Etwa 100.000 Atomkraftgegner protestieren am 28. Februar 1981 trotz des totalen Demonstrationsverbotes gegen den Bau des Kernkraftwerkes Brokdorf an der Unterelbe.

1981

BRD: Bundeskanzler Helmut Schmidt (1918-2015, deutscher Bundeskanzler von 1974-82, herausragender Politiker der deutschen Sozialdemokratie) warnt im Jahre 1981 während einer DGB-Versammlung in Hamburg (x268/180): >>... Wir können nicht noch mehr Ausländer verdauen, das gibt Mord und Totschlag.<<

10.06.1982

BRD: In Bonn demonstrieren am 10. Juni 1982 etwa 400.000 Menschen gegen die Aufrüstung im Osten und Westen.

01.10.1982

BRD: Bundeskanzler Helmut Schmidt wird am 1. Oktober 1982 durch ein konstruktives Mißtrauensvotum des deutschen Bundestages gestürzt.

Die FDP schließt danach eine Koalition mit der CDU/CSU. Helmut Kohl (CDU) wird neuer Bundeskanzler.

06.03.1983

BRD: Bei der vorgezogenen 10. Bundestagswahl erhalten die Parteien am 6. März 1983 folgende Wählerstimmen (x089/82): >>CDU/CSU = 48,8 %, SPD = 38,2 %, FDP = 7,0 %, Die Grünen = 5,6 %, Sonstige = 0,4 %.<<

29.03.1983

BRD: Nach seiner Wiederwahl bildet Bundeskanzler Helmut Kohl am 29. März 1983 eine Koalitionsregierung aus CDU/CSU und FDP.

19.06.1983

Belgien: Die zehn EG-Mitgliedstaaten beschließen am 19. Juni 1983, eine Europäische Union zu gründen.

01.07.1984

BRD: Der CDU-Politiker Richard von Weizsäcker (1920-2015) wird am 1. Juli 1984 zum Bundespräsidenten gewählt.

04.09.1985

Israel: Die israelische Zeitung "Jerusalem Post" berichtet am 4. September 1985 über den deutschen Bundespräsident Richard von Weizsäcker (x354/71): >>... (Weizsäcker hat) die junge Generation in Deutschland ... konfrontiert mit der Unsühnbarkeit kollektiver deutscher Schuld.<<

01.01.1986

Belgien: Nach dem Beitritt Spaniens und Portugals umfaßt die EG am 1. Januar 1986 zwölf Mitglieder.

28.02.1986

Schweden: Der schwedische sozialdemokratische Ministerpräsident Olof Palme (1927-1986) wird am 28. Februar 1986 in Stockholm ermordet.

26.04.1986

UdSSR: In der Ukraine ereignet sich am 26. April 1986 der bisher schwerste Unfall in der Geschichte der friedlichen Nutzung der Kernenergie.

1986

BRD: Margarete Mitscherlich-Nielsen (1917-2012, deutsche Psychoanalytikerin, Ärztin und Autorin) erklärt im Jahre 1986 in einer ZDF-Talkshow (x354/105): >>... Wissen Sie, daß die Deutschen aussterben, so wie sie bisher waren - zwei Weltkriege haben sie vom Zaun gebrochen, millionenfachen Völkermord haben sie hinter sich gebracht ... in ihrer besonderen Art des Nationalgefühls - das kann man eigentlich nicht bedauern.<<

25.01.1987

BRD: Während der 11. Bundestagswahl erhalten die Parteien am 25. Januar 1987 folgende Wählerstimmen (x089/82): >>CDU/CSU = 44,3 %, SPD = 37,0 %, FDP = 9,1 %, Die Grünen = 8,3 %, Sonstige = 1,3 %.<<

Januar 1987

BRD: Das Bundesgesundheitsministerium fordert im Januar 1987 in zahlreichen Zeitungsanzeigen zum Kampf gegen die AIDS-Ausbreitung auf.

23.02.1987

BRD: Kardinal Joseph Höffner (1906-1987, katholischer Theologe, seit 1976 Vorsitzender der Deutschen Bischofskonferenz) gibt am 23. Februar 1987 die Broschüre "AIDS - vier Aussagen des Erzbischofs von Köln, Kardinal Joseph Höffner -" heraus.

Die katholische Monatsschrift "THEOLOGISCHES" Nr. 4 – 1988 berichtet später über diese Broschüre des Kardinals Joseph Höffner (x853/...): >>... (Der Kardinal sagt:)

"Als die deutschen Bischöfe am 26.1.1987 darauf hinwiesen, daß der Geschlechtsverkehr mit unbekanntem oder wechselnden Partnern menschenunwürdig ist und daß 'eheliche Treue und sexuelle Enthaltsamkeit' die richtigen Wege sind, sich vor der AIDS-Krankheit zu bewahren, erhob sich in den Massenmedien ein lautes Geschrei:

... 'Die Bischöfe maßen sich an, die überholte katholische Sexualmoral für alle verbindlich zu machen.' Ich entgegne, daß es eine sittliche Ordnung im Bereich des Geschlechtlichen gibt, die zum 'Richtigsein des Menschen', nicht nur des Christen gehört.

Es ist die Pflicht des Staates, der Ausbreitung der AIDS-Krankheit - in Anerkennung der sittlichen Ordnung - entgegenzuwirken."

"Man hat gesagt, man wolle durch Anzeigen und Plakate Verhaltensänderungen erreichen, wobei darunter der Gebrauch von Kondomen verstanden wird. Wenn Jesus sagt: Ändert euer Verhalten, "kehrt um" (Makkabäer 1, 15), meint er etwas wesentlich anderes: die Änderung der Gesinnung, die Abkehr vom sündigen Verhalten und die Heimkehr zu Gott. Auf Grund dieser Erwägungen hat die Deutsche Bischofskonferenz die Kondom-Werbung nicht unwidersprochen hingenommen:

'Auf diese Weise läßt sich die AIDS-Gefahr nicht bannen.'

"Kondome bedeuten: Mach weiter wie bisher, aber schütze dich vor Ansteckung. Das ist menschenunwürdig." ...<<

11.03.1987

BRD: Nach seiner Wiederwahl bildet Bundeskanzler Helmut Kohl am 11. März 1987 eine Koalitionsregierung aus CDU/CSU und FDP.

14.03.1987

BRD: Die deutsche SPD-Politikerin Renate Schmidt (von 2002 bis 2005 Bundesministerin) erklärt am 14. März 1987 im Bayerischen Rundfunk (x354/104): >>... Die Frage, (ob die

Deutschen aussterben), das ist für mich eine, die ich an allerletzter Stelle stelle, weil dieses ist mir ... verhältnismäßig wurscht.<<

14.04.1987

Belgien: Die Türkei stellt am 14. April 1987 den Antrag auf Beitritt zur EG.

17.06.1987

DDR: In der DDR wird am 17. Juni 1987 die Todesstrafe abgeschafft.

Nach westdeutschen Beobachtungen werden in der DDR allein von 1949 bis 1960 etwa 160 Todesurteile verhängt. Davon werden 103 Verurteilte wegen politischer Staatsverbrechen hingerichtet (x009/442).

12.11.1987

BRD: Die "Deutsche Tagespost" berichtet am 12. November 1987 über ein Gespräch mit Bischof Lehmann zum Schutz vor AIDS: >>... Der Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz ging in dem Gespräch auch nochmals auf die Reaktion der katholischen Kirche in Deutschland auf die Kondom-Anzeigen des Bundesgesundheitsministeriums zur Immunschwächekrankheit AIDS ein.

'Wir haben am Anfang einen Paukenschlag tun müssen', sagte Lehmann. Die Bischöfe hätten damals den Eindruck gewinnen müssen, als wolle es der Staat bei einem Appell zu 'technischen Vorsichtsmaßnahmen' belassen und von der ethischen Dimension bei der Aufklärung über AIDS ganz absehen. In der Zwischenzeit, so meinte der Bischof, gebe es aber Anzeigen von Gesundheitsämtern mit dem Tenor:

Treue schützt am besten.

Das hätte man von Seiten der Bischofskonferenz gewollt. ...<<

25.02.1988

UdSSR: Die UdSSR ordnet am 25. Februar 1988 den vorzeitigen Abzug der sowjetischen Mittelstreckenraketen aus der DDR und der Tschechoslowakei an.

14.09.1988

DDR: Am 14. September 1988 wird die jährliche Transitpauschale für die Jahre 1990 bis 1999 festgelegt.

Die Bundesrepublik Deutschland soll zukünftig nicht mehr 525, sondern 860 Millionen Mark an die DDR zahlen.

01.10.1988

UdSSR: Michail Gorbatschow (Generalsekretär der KPdSU) wird am 1. Oktober 1988 zum Vorsitzenden des Obersten Sowjet gewählt.